

## Inhalt



Annelie Buntenbach  
(Mitglied des  
Geschäftsführenden  
Bundesvorstandes)

- ✓ Arbeitsschutz und Unfallversicherung
  - ver.di-Selbstverwalter-Tagung: Psychische Gefährdungen bei der Arbeit – was muss geschehen?
  - Ständige Erreichbarkeit: wie damit umgehen?
  
- ✓ Sozialversicherung
  - BUK-NOG nicht gefährden!
  - EU-Pläne zur Mehrwertsteuer: Mehrbelastungen drohen
  
- ✓ Gesundheit
  - Ärztetag zeigt Selbstbedienungsmentalität

### Unser Team.

Doris Loetz	Heike Inga Ruppender Maxi Spickermann Petra Köhler	Ingo Nürnberger	Dirk Neumann	Knut Lambertin	Marco Frank	Dr. Hanns Pauli	Marina Schröder	Oliver Suchy
Sekretariat Annelie Buntenbach 24060-260	Sekretariat Sozialpolitik 24060-725 24060-743 24060-712	Abteilungsleiter Sozialpolitik	Alterssicherung Rehabilitation	Gesundheitspolitik Krankenversicherung	Pflege Selbstverwaltung	Arbeits- und Gesundheitsschutz	Unfallversicherung Arbeits- und Gesundheitsschutz	Politische Koordination Kampagnen Sozialpolitik

## Arbeitsschutz

### ver.di-Selbstverwalter-Tagung: Psychische Gefährdungen bei der Arbeit – was muss geschehen?

Auf der gut besuchten Tagung der Gewerkschaft ver.di für Selbstverwalterinnen und Selbstverwalter der gesetzlichen Unfallversicherung am 23. Mai wurde deutlich, wie stark das Thema psychische Belastungen im Arbeitsleben in den Betrieben, aber auch in den Unfallversicherungsträgern diskutiert wird – und wie groß der Handlungsbedarf ist. Deshalb fordern DGB und Mitgliedsgewerkschaften klare Regeln für den Arbeitgeber und die Aufsichtsbehörden, aber auch bessere Beratung und Unterstützung für die Unternehmen und für betroffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Thematisiert wurde auf der Tagung zudem, dass der Zugang zu Therapie und Rehabilitationsmaßnahmen, aber auch die Kompensation etwa über das Berufskrankheitenrecht unbefriedigend ist (siehe dazu auch den DGB-Beschluss „Gefährdungen durch psychische Belastungen bei der Arbeit vermeiden“; veröffentlicht in der Zeitschrift *Gute Arbeit* (5/2013) und auf der DGB-Homepage: <http://www.dgb.de/-/3FD>).

Auf der Tagung wurden insbesondere die Belastungen in den Branchen beleuchtet, für die die Gewerkschaft ver.di zuständig ist. Ein mehr als zweifaches Arbeitsunfähigkeitsrisiko durch psychische Erkrankungen haben zum Beispiel Personen, die ständig am Telefon arbeiten (etwa im Callcenter), oder Personen, die Schienenfahrzeuge führen. Ebenfalls überdurchschnittlich häufig betroffen sind auch soziale Berufe sowie Helferinnen und Helfer in der Krankenpflege.

## Ständige Erreichbarkeit – wie können wir damit umgehen?

Klare Regeln zum Umgang mit Handys und Computern sind nötig und möglich, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Überlastung durch ständige Erreichbarkeit zu schützen. Die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit verschwimmen immer mehr. Nach dem DGB-INDEX Gute Arbeit müssen mehr als jede/jeder vierte Beschäftigte (27 %) sehr häufig oder oft auch in der Freizeit erreichbar sein; 15 % arbeiten in der Freizeit sehr häufig oder oft für ihren Betrieb. Für die betroffenen Beschäftigten bedeutet permanente Erreichbarkeit über Smartphone und Tablet-Computer eine deutliche Beeinträchtigung ihrer Erholungszeiten, Freizeit wird schwerer planbar. Helfen können transparente Regeln für Zeiten der Erreichbarkeit bzw. Nicht-Erreichbarkeit und zu Reaktionszeiten.

Dies ergab eine Auswertung der Initiative Gesundheit und Arbeit (iga), die im Rahmen des iga.Reports 23 vorgestellt wird. Durch die Analyse von wissenschaftlichen Studien, Experteninterviews und eine Unternehmensbefragung wurden vorhandene Erkenntnisse zusammengetragen und konkrete Handlungsempfehlungen für einen gesunden Umgang mit der technischen Möglichkeit der ständigen Erreichbarkeit identifiziert.

In der Initiative Gesundheit und Arbeit kooperieren gesetzliche Kranken- und Unfallversicherung mit dem Ziel, arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren durch Arbeitsschutz und betriebliche Gesundheitsförderung vorzubeugen.

Hier der Link zum iga.Report 23: <http://www.iga-info.de/veroeffentlichungen/iga-reporte/iga-report-23.html>

## Sozialversicherung

### BUK-NOG nicht gefährden!

#### Lesetipp:

Ingo Nürnberger: **Das Rehabilitationssystem in Deutschland. Was gut läuft, wo es hakt und was sich ändern muss.** In: Soziale Sicherheit 4/2013, S. 125-131.

Das Bundesunfallkassen-Neuordnungsgesetz (BUK-NOG) soll eine Vielzahl von sozialpolitischen und sozialrechtlichen Fragen klären und befindet sich schon seit mehreren Monaten in der parlamentarischen Beratung. Mitte Mai hat die Koalition im Ausschuss für Arbeit und Soziales die abschließende Beratung verschoben. Für den DGB ist klar: Dieses Gesetz darf nicht durch koalitionsinterne Streitigkeiten gefährdet werden und muss auf jeden Fall in dieser Legislaturperiode noch verabschiedet werden.

Die geplante Neuordnung der Bundesunfallkassen beruht auf Vorarbeiten der Selbstverwaltung der Unfallkassen und wird zu erheblichen Kosteneinsparungen bei den Arbeitgebern, aber hoffentlich auch zu einer noch besseren Präventionsarbeit führen. Da die Vorarbeiten der Selbstverwaltung auf einem gesetzlichen Auftrag beruhen, wäre dies auch eine Blamage für den Gesetzgeber. Auch die weiteren geplanten Regelungen – insbesondere zum Sozialgerichtsgesetz und zum Arbeitsschutzgesetz – werden vom Deutschen Gewerkschaftsbund im Grundsatz begrüßt, auch wenn er in Detailfragen in unserer Stellungnahme und in der Anhörung Verbesserungsvorschläge eingebracht hat. In der Diskussion ist zurzeit noch, das BUK-NOG durch eine Regelung zur Dynamisierung des Rehabilitationsbudgets der gesetzlichen Rentenversicherung zu ergänzen. Dazu liegen ein Antrag der SPD-Fraktion sowie eine Stellungnahme des Bundesrats vor, in denen vorgeschlagen wird, das Budget entsprechend den Regelungen des Referentenentwurfs des BMAS für ein Alterssicherungsstärkungsgesetz demografieorientiert zu dynamisieren. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften unterstützen diesen Vorschlag. Es wäre sehr positiv, wenn so die Handlungsmöglichkeiten der gesetzlichen Rentenversicherung verbessert werden, den steigenden Rehabbedarf zu befriedigen.

Der DGB warnt allerdings davor, darüber hinaus noch weitere Ergänzungen vorzunehmen und damit die Konsensfindung zwischen den Fraktionen und mit dem Bundesrat zu erschweren. Das BUK-NOG sollte um eine Neuregelung des Rehabudgets ergänzt und dann auf jeden Fall in dieser Legislaturperiode vom Gesetzgeber verabschiedet werden.

## EU-Pläne zur Mehrwertsteuer: Der Sozialversicherung droht Mehrbelastung von 34 Milliarden Euro jährlich

Die Europäische Union ist für die Koordination der nationalen Mehrwertsteuersysteme im Rahmen des Binnenmarktes zuständig und diskutiert derzeit über die Abschaffung der Tatbestände zur Steuerbefreiung bzw. Ermäßigungssätze der Mehrwertsteuer.

Als Folge aus einer solchen Reform würden für die gesetzliche Sozialversicherung erhebliche Mehrkosten erwachsen, denn bislang unterliegen die zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben bezogenen Leistungen zu einem großen Teil nicht der Mehrwertsteuer oder nur einem ermäßigten Steuersatz. So sind beispielsweise die ärztliche Heilbehandlung sowie die Krankenhausbehandlung grundsätzlich von der Mehrwertsteuer befreit.

Ein Wegfall dieser Steuerbefreiung würde allein für die gesetzliche Krankenversicherung Mehrausgaben von derzeit jährlich rund 20 Milliarden Euro bedeuten. Betroffen wären auch die gesetzliche Renten- und Unfallversicherung in ihrer Funktion als Rehabilitations-träger. Steigt in einem Sozialversicherungszweig der Beitragssatz, würde dies zudem Mehrkosten in anderen Sozialversicherungszweigen überall dort nach sich ziehen, wo diese Beiträge für ihre Versicherten übernehmen.

Vor diesem Hintergrund sprechen sich die Träger und Verbände der gesetzlichen Sozialversicherung entschieden dafür aus, den Status quo bei den Mehrwertsteuerbefreiungen sowie den ermäßigten Mehrwertsteuersätzen beizubehalten.

Die diesbezügliche Stellungnahme kann mit diesem Kurzlink aufgerufen werden:

<http://bit.ly/11d5LHR> (Quelle: [http://www.dguv.de/inhalt/presse/2013/Q2/eu-mehrwertsteuer/dsvae\\_eu-mehrwertsteuer-reform.pdf](http://www.dguv.de/inhalt/presse/2013/Q2/eu-mehrwertsteuer/dsvae_eu-mehrwertsteuer-reform.pdf) )

## Gesundheit

### Ärztetag zeigt Selbstbedienungsmentalität

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat die Vorschläge des Ärztetages zur Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung als Zeichen der Selbstbedienungsmentalität kritisiert. Annelie Buntenbach, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB, sagte dazu:

„Die Ärztfunktionäre müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sie zum Wahlkampfverein der FDP verkommen. Die Finanzierungsvorschläge des Ärztetages sind ein Affront gegen die Versicherten sowie Patientinnen und Patienten. Die Kopfpauschale ist hochgradig ungerecht, führt zu immensen Belastungen für Versicherte und Steuerzahler und muss deshalb ein für alle Mal begraben werden.

Die Ärztelobby sollte den Wahlkampfmodus ablegen, die Panikmache abstellen und egoistische Profitinteressen dem Wohle der Patienten unterordnen. Mit Vorschlägen für eine Steuersubventionierung der schwächelnden privaten Krankenversicherung durch ‚Kindersparkonten‘ attestiert sich der Ärztetag eine ungeschminkte Selbstbedienungsmentalität, mit der sich diese Ärztfunktionäre selbst diskreditieren“.

---

Bestellen können Sie unseren Newsletter auf unserer Homepage unter folgender Adresse:

<https://www.dgb.de/service/newsletter>.

Zum Abbestellen des Newsletters benutzen Sie bitte folgenden Link:

<https://www.dgb.de/service/newsletter?unsubscribe=dgb.bv.sozialpolitik>